



Der französische Altpräsident Nicolas Sarkozy steht im Berufungsprozess um die sogenannte Libyen-Affäre erneut massiv unter juristischem Druck. Die Pariser Generalstaatsanwaltschaft forderte abermals eine Verurteilung wegen der Teilnahme an einer „kriminellen Vereinigung“ und zeichnete das Bild eines über Jahre aufgebauten Netzwerks politischer und finanzieller Einflussnahme. Der Fall zählt zu den schwerwiegendsten Justizaffären der Fünften Republik und berührt fundamentale Fragen nach der Integrität staatlicher Institutionen und der Rolle ausländischer Einflussnahme auf demokratische Prozesse.

Bereits der erste Verhandlungstag der aktuellen Berufungsverhandlung machte deutlich, dass die Anklage ihre Linie nicht abschwächen will. Generalanwalt Damien Brunet bezeichnete Sarkozy als „Anstifter“ eines organisierten Systems, das darauf ausgerichtet gewesen sei, finanzielle Unterstützung aus dem Umfeld des damaligen libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi für den Präsidentschaftswahlkampf 2007 zu sichern. Die Staatsanwaltschaft spricht von außergewöhnlich schweren Verstößen gegen das öffentliche Vertrauen und von einem bislang kaum erreichten Grad operativer Organisation.

Der Kern der Anklage

Bemerkenswert ist, dass sich die Anklage in der Berufungsinstanz weniger auf den direkten Nachweis konkreter Geldflüsse konzentriert als auf die Existenz eines strukturierten Korruptionspakts. Nach Auffassung der Ermittler bestand eine dauerhafte Organisation aus politischen Vertrauten, Geschäftsvermittlern und libyschen Kontaktpersonen, deren gemeinsames Ziel darin bestand habe, Sarkozys politischen Aufstieg zu fördern.

Damit folgt die Justiz einer Strategie, die in komplexen Korruptionsverfahren zunehmend Bedeutung gewinnt: Nicht allein die Übergabe von Geld steht im Mittelpunkt, sondern die nachweisbare Bildung eines Netzwerks zur Vorbereitung korrupter Handlungen. Juristisch erlaubt dies eine breitere Betrachtung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten.

Im Zentrum des Verfahrens stehen mehrere langjährige Weggefährten Sarkozys, darunter der frühere Innenminister Brice Hortefeux und der ehemalige Generalsekretär des Élysée-Palasts Claude Guéant. Hinzu kommen die umstrittenen Vermittler Ziad Takieddine und Alexandre Djouhri sowie der frühere libysche Funktionär Béchir Saleh. Die Anklage beschreibt ein Geflecht persönlicher Beziehungen, das bereits Anfang der 2000er Jahre entstanden sei und den Zugang zu libyschen Machtstrukturen erleichtert habe.



Ein historisches Urteil aus erster Instanz

Die jetzige Berufungsverhandlung folgt auf ein historisches Urteil vom September 2025. Damals wurde Sarkozy wegen „association de malfaiteurs“ zu fünf Jahren Haft verurteilt. Gleichzeitig sprach ihn das Gericht in mehreren anderen Anklagepunkten frei, darunter Korruption, illegale Wahlkampffinanzierung und Veruntreuung öffentlicher Gelder. Nach Auffassung des Gerichts reichte die Beweislage in diesen Punkten nicht für eine strafrechtliche Verurteilung aus.

Gerade diese Differenzierung macht den Fall juristisch besonders komplex. Das erstinstanzliche Urteil stellte nicht fest, dass libysches Geld nachweisbar in den Wahlkampf 2007 floss. Sehr wohl sah das Gericht jedoch ausreichend Hinweise auf die Existenz einer organisierten Struktur, die auf korrupte Absprachen angelegt gewesen sei.

Die Staatsanwaltschaft scheint nun entschlossen, diese Argumentation in der Berufungsinstanz weiter zu verschärfen. Beobachter halten es für möglich, dass in den kommenden Tagen sogar höhere Strafanträge gestellt werden könnten.

Sarkozy und die Serie politischer Affären

Für Nicolas Sarkozy bedeutet das Verfahren eine weitere schwere Belastung seiner politischen und persönlichen Bilanz. Der konservative Politiker, der Frankreich von 2007 bis 2012 regierte, ist bereits mehrfach rechtskräftig verurteilt worden. Besonders symbolträchtig war die sogenannte „Abhöraffaire“, in der Sarkozy wegen Korruption und unerlaubter Einflussnahme verurteilt wurde. Auch im Bygmalion-Verfahren rund um die Finanzierung seines Wahlkampfs 2012 wurde er schuldig gesprochen.

Damit ist Sarkozy der erste ehemalige Präsident der Fünften Republik, der sich in einer solchen Häufung strafrechtlicher Verfahren verantworten muss. Zwar hat Frankreich bereits politische Korruptionsskandale erlebt — etwa unter Jacques Chirac oder François Fillon — doch die Libyen-Affäre besitzt eine eigene geopolitische Dimension.

Denn im Kern steht der Vorwurf, ein ausländisches autoritäres Regime habe versucht, direkten Einfluss auf eine französische Präsidentschaftswahl zu nehmen. Sollte sich dieser Vorwurf endgültig bestätigen, hätte dies erhebliche historische Bedeutung für das Verständnis politischer Machtstrukturen in Frankreich.



Die geopolitische Dimension des Falls

Die Affäre reicht weit über klassische Fragen illegaler Parteienfinanzierung hinaus. Die Ermittler vermuten, dass nach Sarkozys Wahlsieg 2007 politische und wirtschaftliche Gegenleistungen gegenüber Libyen diskutiert worden seien. Im Raum stehen mutmaßliche Vorteile bei diplomatischen Beziehungen, Sicherheitskooperationen und wirtschaftlichen Projekten.

Besonders brisant erscheint dies rückblickend vor dem Hintergrund der späteren französischen Militärintervention in Libyen 2011. Sarkozy gehörte damals zu den entschiedensten Befürwortern des NATO-Einsatzes gegen Gaddafi. Kritiker des Ex-Präsidenten argumentieren seit Jahren, dass die spätere militärische Eskalation auch im Licht der früheren Beziehungen zu Tripolis betrachtet werden müsse — auch wenn hierfür bislang keine gerichtsfesten Beweise vorliegen.

Der Prozess verdeutlicht zudem die enge Verflechtung von Politik, Geheimdiplomatie und internationalen Geschäftsnetzwerken, die über Jahrzehnte hinweg einen Teil der französischen Afrikapolitik geprägt haben. Gerade die Beziehungen Frankreichs zu nordafrikanischen Staaten waren traditionell von informellen Kontakten und persönlichen Vermittlern durchzogen.

Die Verteidigung setzt auf Zweifel

Sarkozys Anwälte weisen sämtliche Vorwürfe weiterhin entschieden zurück. Die Verteidigung argumentiert, das Verfahren basiere überwiegend auf Indizien, widersprüchlichen Aussagen und umstrittenen Dokumenten. Besonders kritisch bewertet sie die Glaubwürdigkeit einzelner Zeugen sowie die politische Instrumentalisierung des Verfahrens.

Der ehemalige Präsident selbst spricht seit Jahren von einer gezielten Kampagne gegen seine Person. Seine Unterstützer im konservativen Lager sehen in den zahlreichen Verfahren gegen Sarkozy ein Beispiel für die zunehmende Macht der Justiz gegenüber der Politik. Gegner wiederum betrachten die Prozesse als Beleg dafür, dass auch höchste Staatsämter in Frankreich nicht mehr vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt sind.

Gerade darin liegt die politische Sprengkraft des Verfahrens: Es berührt das Selbstverständnis der französischen Demokratie und die Frage, wie unabhängig die Justiz gegenüber ehemaligen Spitzenpolitikern agieren kann.



Die Requisitorien der Staatsanwaltschaft sollen noch bis zum 13. Mai andauern, ehe die Verteidigung ihre Plädoyers hält. Mit einem Urteil des Berufungsgerichts wird erst in einigen Monaten gerechnet. Unabhängig vom Ausgang hat die Affäre jedoch bereits jetzt einen festen Platz in der politischen Geschichte Frankreichs eingenommen — als Symbol für die Grauzonen zwischen Macht, Geld und internationalem Einfluss unter der Fünften Republik.

P.T.